Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1919

5 (14.1.1919)

Visual Library

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Bezugs-Preis mit dem wöchtl. erscheinenden Amtl. Verkündigungsblatt durch die Post bezogen monatlich 62 Pfennig am Postschalter abgeholt, durch den Briefträger und unsere Austräger frei ins Haus gebracht monatlich 70 Pfg.

Geschäftszeit 1/28—7, Samstags bis 6 Uhr. Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen kosten im Anzeigenteil die Zeile (42 mm breit) 25 Pfg. bei Platzvorschrift 30 Pfg. im textlichen Teil (87 mm breit) 60 Pfg. an erster Stelle 70 Pfg. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlichen Betreibungen und bei Konkursen außer Kraft tritt.

Schluß d. Anzeigenannahme 8 Uhr vorm., für umfangreichere Anzeigen Tags zuvor 4 Uhr nachmittags.

Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 6903

№ 5. | Dienstag, den 14. Januar 1919. | 80. Jahrgang

Der Spartakusaufruhr niedergeworfen.

Ergebnis der württembergischen Wahlen: 4 U-Sozialdemokraten, 52 Sozialdemokraten, 31 Zentrum, 38 Deutsch Demokraten, 10 Bauernbund, 11 Württ. Bürgerpartei, 4 Weingärtnerbund. Die Wendung im Bürgerkrieg. Wiederkehr der Besinnung. Die Ordnung im Fortschreiten. Spartakus in Süddeutschland erfolglos. Badische Räteversammlung. Aufruf der bad. Volksregierung zur Bildung eines Volksheeres. Eisner amtsmüde. Revolution in Montenegro.

Die württembergischen Wahlen.

WTB. Stuttgart, 13. Jan. Bei der gestrigen Wahl der verfassunggebenden Landesversammlung haben von 1 446 580 Wahlberechtigten 1 316 068 abgestimmt. Giltig waren 313 326 Stimmzettel, ungiltig 2740.

Auf die U.Soz. Partei entfallen 40622, auf das Zentrum 273 192, auf den Bauernbund 75 756, auf den württembergischen Weingärtnerbund und Kleinlandwirte 35 255, auf die Landwirte Oberschwabens 5743, auf die deutsch-demokratische Partei 328 555, auf die Sozialdemokratische Partei Württembergs 452 450, auf die deutsche Friedenspartei 4027, auf die württembergische Bürgerpartei 97 726.

Somit erhalten Sitze: U.Soz. 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, Weingärtnerbund und Kleinlandwirte 4, Landwirte Oberschwabens 0, deutsch-demokratische Partei 38, Sozialdemokratische Partei 52, deutsche Friedenspartei 0, Württembergische Bürgerpartei 11.

*

Beteiligung an den Wahlen zur württembergischen Nationalversammlung war außerordentlich groß, namentlich die Frauen waren äußerst zahlreich vertreten. Auch der ehemalige König ist erstmals in seinem Leben zur Wahlurne gegangen. Auf den Straßen herrschte reges Leben und Treiben. Autos mit Aufforderungen zur Wahlbeteiligung und zur Aufrechterhaltung der Ruhe fuhren durch die Straßen. Eine Störung der Wahlhandlung ist nicht vorgekommen. Die Regierung hatte die Wahlen durch starke Maßnahmen gesichert; gut bewaffnete Patrouillen der Sicherheitswache zogen seit dem frühen Morgen durch die Straßen.

Entscheidungskämpfe in Berlin.

Die neuesten Meldungen aus Berlin sind wohl als Anfang der letzten entscheidenden Kämpfe zu bewerten. Die förmliche Schlacht im Zeitungsviertel und insbesondere um den Vorwärts, bei der die modernsten Angriffsmittel aus dem Weltkrieg, Flammenwerfer und Wurfminien, neben mittlerer Artillerie und Handgranaten ganze Arbeit verrichteten, bei der unter 300 Gefangenen auch weibliche Mitkämpferinnen, radikale Amazonen, und bezeichnenderweise auch russische „Bundesgenossen" eingebracht wurden, diese Schlacht hat in ihrem für die Regierung glücklichen Ausgang wohl über den Zusammenbruch des Spartacus-Aufstandes in Berlin und damit auch im Reich entschieden. Wenn auch noch weitere Kämpfe sich anschließen werden, ein Umschwung zugunsten der anarchistischen Minderheit ist nach menschlichem Ermessen nicht mehr zu befürchten.

Das ist ein unerwartetes Ende des wunderlichen „Waffenstillstandes" geworden, über den die Tägl. Rundschau berichtet hatte. Und eine klare Antwort auf die spartakistischen Ansprüche bei den immer aufs neue wieder angeknüpften Verhandlungen, bei denen diese schließlich bescheiden auf alles verzichtet hätten, wenn die Regierung sich auf eine Verschiebung der Nationalratswahlen um 3 Monate eingelassen hätte. Wenn sie also auf den Frieden verzichtet und das deutsche Volk in neues unabsehbares Unglück, in noch tiefere Schmach und Unfreiheit gestürzt hätte. Das ist Spartakus gleichgiltig, ja es ist ihm erwünscht, denn er kämpft mit aller Zähigkeit seines Fanatismus um die ihm vermeintlich dadurch gebotene einzigartige Gelegenheit, die Heere unserer Gegner mit dem Bolschewisten-Bazillus zu impfen und so ohne Meerfahrt seinen Glauben bis nach England und Amerika zu tragen. Es ist nun anders gekommen. Für solche völlige Zersetzung hat sich doch selbst die Berliner Arbeiterschaft nicht hergegeben, sie ist ihren Führern auch in der für sie harten Notwendigkeit des Kampfes treu geblieben.

Mit zäher Erbitterung, wie sie die Kämpfe ergriffen hat, seit einmal von den Radikalen Blut vergossen war, mußte auch dieser heiße Häuser- und Straßenkampf durchgefochten werden. Zwei Stunden, nach dem amtlichen Telegramm, dem die privaten Meldungen allerdings nicht entsprechen, leisteten die Verteidiger Widerstand, bis sie bedingungslos sich ergaben. Das deutsche Volk in seiner ganz übergroßen Mehrheit zollt den Soldaten, die nach Abschluß eines furchtbaren Krieges nun aufs neue in der Heimat zu schwerem Kampfe eingesetzt werden, Dank und freut sich, daß die Todesopfer wenige geblieben sind. Es wird auch der Regierung die Anerkennung nicht versagen, daß sie, wenn auch zaudernd, sich den Entschluß zu kraftvollem Durchgreifen abgerungen hat. Sie ist nach unserem Urteil nicht ohne Schuld daran, daß die Verhältnisse im Reich in 2 Monaten so trostlos geworden sind, daß der gordische Knoten nur noch mit dem Schwerte durchgehauen werden konnte. Sie hat die Zügel am Boden schleifen lassen in der Zeit, da die neu errungene Freiheit naturnotwendig auf viele noch wie ein süßer Rauschtrank wirken mußte. Hoffen wir, daß sie aus den furchtbaren Verantwortungen und Ereignissen gelernt hat. So weit darf es nicht mehr kommen! Ohne Abgrenzung der Freiheit des Einzelnen ist kein Staatswesen, auch nicht das radikalste denkbar, die Kunst des Herrschens zeigt sich gerade in der Abgrenzung! Darum ist sie auch so unbeliebt, wie es nun die Sozialdemokratie, aus der Opposition herüberkommend, zum erstenmal auch an sich selber erfahren muß.

Wiederkehr der Besinnung.

Berlin, 10. Jan. Der Eindruck bleibt: **die Sache der Regierung und damit die der Ordnung ist im Fortschreiten.** Die Zahl der Freiwilligen, die sich zur Verfügung stellen, wächst. Aus Kiel ist eine aus Freiwilligen von Heer und Marine gebildete eiserne Division im Anmarsch, die mit ihren zwei Regimentern zunächst nach Döberitz gehen soll. Die Nachricht von der Besetzung der Kadettenanstalt in Lichterfelde durch die Spartacusanhänger bewahrheitet sich nicht. Dagegen sind die Siemenswerke und die „Wumba", die man für das geheime Hauptquartier der sogenannten Gegenrevolution hält, zurückerobert worden. Ueber die Einnahme der Reichsdruckerei erfährt man jetzt, daß sie ohne Verlust für die Regierungstruppen sich vollzog, daß erfreulicherweise nichts entwendet worden ist (nur die Angestellten haben ein paar kleine Diebstähle zu beklagen) und daß ihr ordnungsmäßiger Betrieb gestern wieder aufgenommen werden konnte. Die Kämpfe in der Nacht zum Mittwoch hatten sich hauptsächlich um das Zeitungsviertel gedreht.

Ein neutrales Urteil über die Schwäche der Regierung.

Von der schweizerischen Grenze, 10. Jan. Die „Basler Nachr." schreiben: Ob die deutsche Reichsregierung noch über genügend Truppen verfügt um in absehbarer Zeit der Lage wieder Herr zu werden, ist zweifelhaft. Sie hat auch **alles geduldet, was die Entwaffnung des Heeres und die Bewaffnung des Pöbels förderte** und steht nun vor den Konsequenzen. Nach einigen Meldungen ist sie schon wieder im Begriff, einen Kompromiß zu suchen, natürlich nur bis zum letzten Putsch. Das einzige, was vorweg erforderlich wäre, nämlich die Verlegung ihres Sitzes aus dem verrotteten Berlin, dem Sammelpunkt aller ordnungsfeindlichen Elemente, nach Mitteldeutschland, hat sie bisher nicht anzuordnen gewagt. Und doch ist es dazu nicht nur aus Gründen innerer, sondern auch aus Gründen äußerer Politik höchste Zeit. Berlin ist noch etwa 200 Kilometer von dem Gebiet entfernt, wo die polnischen Banden herrschen. Zentrum desjenigen deutschen Reiches, zu dem zum Beispiel unser Nachbarland Baden gehört, ist Berlin nicht mehr.

Im Süden steigt der Zorn gegen Berlin.

München, 9. Jan. Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner sandte heute folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin:

Mit wachsendem Entsetzen verfolgen wir den mörderischen Bruderkrieg in Berlin. Das muß ein Ende haben, wenn nicht ganz Deutschland zugrunde gehen soll. Das Beispiel Berlin wirkt überallhin zerrüttend und erzeugt eine **Massenepidemie des Wahnsinns.** Eine von dem Vertrauen des Volkes getragene Regierung, die alle Richtungen des Sozialismus zusammenfaßt und entschlossen ist, auf dem Boden der Revolution Demokratie und Sozialismus zum Siege zu führen, scheint als einzige Rettung möglich. **Im Süden steigt der Zorn gegen Berlin**, während zugleich dunkle Elemente auch hier zum Brudermord schreiten.

Aeußerungen Eichhorns.

Berlin, 10. Jan. Einem Vertreter der Telegraphenunion ist es gelungen, ins Polizeipräsidium zu gelangen und sich dort mit Eichhorn zu unterhalten. Er vergleicht das Zimmer des Polizeipräsidenten Eichhorn mit den Wänden eines Feldherrn während der Schlacht. Eichhorn äußerte u. a.: Die unabhängige sozialdemokratische Partei betreibe die **Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann**, deren Herz nur für die Bürger schlage; bei ihrem Rücktritt würde die Ruhe sofort wiederhergestellt sein. Eine unabhängige Regierung, die den größten Teil der Arbeitermassen vertrete, würde auch nur bis zur Nationalversammlung im Amt bleiben. Der Termin für die Wahlen müßte allerdings wenigstens um ein Vierteljahr hinausgeschoben werden, damit bis dahin der Eindruck der jetzigen Vorgänge verwischt sei. Diese außenpolitische Rückwirkung der neuen politischen Bewegung verkenne er nicht. Ueber die Lohnforderungen äußerte er sich ausweichend. Die unabhängige sozialdemokratische Partei beabsichtige nicht, die Industrie zu ruinieren. Zum Schluß sagte er, die **Unabhängigen würden nicht eher ruhen, als bis die Regierung Ebert-Scheidemann verschwunden sei.**

Beginnende Einsicht.

Berlin, 10. Jan. Die Tägliche Rundschau schreibt: Der Arbeiterrat der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, die fast 14 000 Arbeiter beschäftigt, veröffentlicht folgende Erklärung: Die Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik steht auf dem Standpunkt, daß der **Bürgerkrieg nunmehr lange genug getobt hat und nicht länger fortgesetzt werden dürfe.** Die Arbeiterschaft hat den festen Willen, sich über den Kopf ihrer Führer hinweg die Bruderhand zureichen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß endlich wieder Ruhe und Ordnung eintritt und ein menschenwürdiges Dasein erkämpft wird. Die Arbeiterschaft verlangt, daß sämtliche Führer sofort zurücktreten und nichtkomprimittierten Führern Platz machen sollen. Sollte bis zum Samstag, 11. Januar, keine Einigung erzielt werden, so wird die Arbeiterschaft am Montag, 13. Januar, **die Arbeit geschlossen wieder aufnehmen.**

Die Berliner Spartacisten völlig in den Verteidigungszustand gedrängt.

Berlin, 10. Jan. Die Demonstrationen des heutigen Vormittags sind im großen und ganzen harmlos verlaufen. Die unabhängigen Demonstranten magten nicht, das Stadtinnere zu betreten. So hielten sie sich in den nördlichen und nordöstlichen Vorstädten auf. Auch sonst herrschte bis auf einzelne kleine Schießereien im Zeitungsviertel und am Anhalter Bahnhof im **Allgemeinen Ruhe. Der Spartacusaufruhr bricht zusammen.** Die Intitiative liegt fest in den Händen der Regierungstruppen u. die **Aufständischen sind völlig in den Verteidigungszustand gedrängt.** Sie können diesen nur noch bei festem Zusammenschluß durchführen. Man darf mit **Sicherheit auf einen weiteren günstigen Fortgang für die Regierung rechnen.** Durch die unverkennbar feste Situation auch um den Rest politischer Diplomatie gebracht, enthüllen sich die Spartacisten mehr und mehr als gewissenlose Verbrecher. **Unter der Arbeiterschaft wächst die Entschlossenheit, dem verbrecherischen Treiben der Spartacusleute ein Ende zu machen, unter allen Umständen und ein für allemal.** Auch der Zustrom von Freiwilligen von seiten der Bürgerschaft läßt klar erkennen, daß man auch in diesen Kreisen dieselbe Entschlossenheit zeigt. Die Vorbereitungen der Regierung machen weitere Fortschritte und es ist in **Kürze mit einer großen Handlung zu rechnen.**

Günstige Lage der Regierung.

Berlin, 10. Jan. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: **Die Lage ist für die Regierung äußerst günstig.** Größere Unternehmungen fanden heute nicht statt. Es kam nur zu vereinzelten Schießereien. Von den Regierungstruppen sind bisher keine Verluste gemeldet worden. Um den Besitz des Mosse-Hauses wurde heute früh und heute nachmittag gekämpft, jedoch wurde von den Truppen nur ein mäßiges Gewehrfeuer auf das Haus abgegeben. **In Spandau haben die Regierungstruppen heute einen großen Erfolg gehabt.** Sie haben das Rathaus genommen. Ferner konnten sie die **gesamten Artilleriewerkstätten und die Gewehrfabrik nehmen.** Bei diesen Unternehmungen wurden die beiden Führer der Spartakisten tödlich verwundet. Die Stimmung ist sehr zuversichtlich. Man hofft in allernächster Zeit die Lage zu klären.

Der Führer der Spandauer Spartakisten erschossen.

Berlin, 11. Jan. **Nach der Einnahme Spandaus durch die Regierungstruppen ist der Führer der dortigen Spartakusleute, Pienser, standrechtlich erschossen worden. Noske hat über Spandau und Umgebung den Belagerungszustand verhängt.**

Zusammenbruch des Spartakusaufruhrs.

Berlin, 10. Jan. **Der Spartakusaufruhr bricht zusammen.** Die Initiative liegt fest in der Hand der Regierungstruppen. Die Aufständischen sind vollständig in die Verteidigung gedrängt und vermögen auch diese nur noch mühsam durchzuführen. Man darf mit Sicherheit auf den Fortgang dieser Entwicklung rechnen.

Das Rathaus und die Artilleriewerkstätten im Norden und Süden Spandaus sind von den Regierungstruppen genommen worden, das ist eine nicht mehr zu verkennende Niederlage der Spartakisten. Auch um den letzten Rest politischer Disziplin gebracht, enthüllen sich die Spartakusleute immer mehr als gewissenlose Verbrecher. So erschien am Mittwochnachmittag ein Auto mit bewaffneten Spartakisten in der Siemensstadt. Sie verlangten sofortige Räumung der Geschäftszimmer und des Verwaltungsgebäudes und begannen, als dieses verweigert wurde, eine wüste vollkommen einseitige Schießerei, in deren Verlauf ein Arbeiter in die Stirn, ein zweiter in die Schlagader getroffen wurde; beide waren tot. Eine Gewalttat verbrecherischster Art versuchte eine andere Spartakusbande in der Druckerei von Büxenstein, die sie seit Sonntag besetzt hatten. Sie hatten den Besitzer gefangen und wollten die Arbeiter mit Gewalt zwingen, für sie Berliner Banknoten zu drucken. Die Arbeiter verweigerten dieses Ansinnen, wie sie auch für die Dauer der Besetzung ihre Tätigkeit ablehnten.

Auch sonst wächst in der Arbeiterschaft der Entschluß, dem verbrecherischen Treiben dieser Spartakusleute **unter allen Umständen und für immer ein Ende zu bereiten.** Weiter hören wir, **daß die Regierung die Lage sehr günstig auffaßt.** Die Einnahme Spandaus hat diese Zuversicht gestärkt. Man nimmt an, daß die Dinge nun auch in Berlin reif sind und die Zurückeroberung der über Berlin zerstreuten Posten der Aufrührer nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Der Putschbewegung im Reiche wird kein ernster Belang beigemessen. Wenn in Berlin Ordnung eingekehrt ist, meint man, würde man auch draußen sich beruhigen.

Aufrufe der Regierung.

Berlin, 11. Jan. Die Reichsleitung hat heute einen an die mehrheitssozialistischen Arbeiter gerichteten Aufruf veröffentlicht, in dem sie auf alle Manöver der Unabhängigen eingeht, unter den mehrheitssozialistischen Arbeitern Mißtrauen gegen die Regierung zu säen. Die Regierung behandelt darin die Frage, **wie weit eine Verständigung mit den Unabhängigen überhaupt denkbar** ist und ob sie Aussicht auf Erfolg hat. Sie verneint diese Frage an der Hand zahlreicher Beispiele, indem sie hinweist, wie hinterhältig die Unabhängigen gegenüber den Mehrheitssozialisten gehandelt haben. Es heißt in dem Aufruf u. a.: **„Spartakus sieht sein blutiges Spiel verloren.** Schon hat er nach Moskau telegraphiert, der Kampf müsse möglichst bald abgebrochen werden, da die Berliner Arbeiterschaft noch nicht reif sei für die Diktatur des Proletariats."

Berlin, 11. Jan. Die Regierung erläßt einen neuen Aufruf an die deutschen Männer, **an Bürger, Offiziere, Soldaten und Arbeiter, sich zu bewaffnen** und mit eiserner Faust mit den Ruhestörern und Mördern aufzuräumen. Das Vaterland und das Volk befinden sich in der höchsten Not. Ebenso werden alle Ingenieure, Techniker, Waffenmeister und Büchsenmacher aufgefordert, sich dem Volk zur Verfügung zu stellen, weil sie dringend gebracht würden, denn es drohe die Gefahr, daß durch die **verbrecherischen Taten der Spartakisten öffentliche Betriebe und Maschinen lahm gelegt und zerstört werden.**

Erbitterung gegen die Spartacusleute.

Berlin, 11. Jan. **Die Erbitterung gegen die Spartacusleute ist ständig im Wachsen.** Mehrere Spartacisten wurden **standrechtlich erschossen**, die Gefangenen, die gefesselt abtransportiert wurden, wurden von Verwünschungen der Menge begleitet. „Lyncht die Spartacisten" hieß es. Die Sperrtruppen wurden durchbrochen und die Gefangenen verprügelt. Nur mit Mühe gelang es, sie vor der Laterne zu bewahren. Ein Mann, der von der Straßenbahn auf einziehende Truppen schoß, wurde vom Wagen geholt und halb tot geschlagen. An die Besatzung des Wolffbüros wurde heute Vormittag die Aufforderung gerichtet, sich zu ergeben. Sie antwortete mit einer Bitte um Waffenruhe bis 12½ Uhr zwecks Beratungen, benutzte aber diese Zeit, sich zu verbarrikadieren. Ebenso suchten die Spartacusleute nach dem Ullsteinhaus Verstärkungen heranzuziehen. So sind auch hier noch ernste Kämpfe zu erwarten. Zu kleinen Schießereien kam es auch in Schöneberg und vielen anderen Stellen, vornehmlich an den Bahnhöfen. Anhalter und Potsdamer Bahnhof sind in weitem Umkreis von Regierungstruppen abgesperrt.

Niederlage der Spartacisten in Berlin.

Berlin, 12. Jan. In der vergangenen Nacht sind die im Zeitungsviertel von den Spartacisten besetzten Gebäude, darunter das Wolffbüro, das Mosse- und Ullsteinhaus geräumt worden. **Die Spartacisten sind ohne Kampf unter Hinterlassung von Waffen und Munition freigelassen worden. Die Gebäude sind von Regierungstruppen besetzt worden;** auch das Polizeipräsidium ist genommen worden und wurde von den Regierungstruppen besetzt. **Im Osten der Stadt sind in der Nacht viele Plünderungen und Diebstähle vorgekommen. Seitens der Regierungstruppen werden starke Patrouillen,** auch Kavallerie, durch die Straßen gesandt, um weitere Diebstähle zu verhindern. Diese Streifen werden auch in der folgenden Nacht fortgesetzt werden. Entmutigt durch die Einnahme des Vorwärtsgebäudes durch die Regierungstruppen zeigten die Spartacisten im Ullsteinhause Neigung zu Verhandlungen. Sie forderten aber freien Abzug mit Waffen und den Rücktritt Ebert-Scheidemann. Als von den **Regierungstruppen bedingungslose Uebergabe gefordert wurde, hielten es die Spartacisten für geeignet, bei Einbruch der Dunkelheit in unauffälliger Weise über die Dächer der angrenzenden Straßen zu flüchten.** Ein Trupp von ihnen wurde von den Regierungstruppen noch gefangen. Als die Regierungstruppen nun von allen Seiten in die Gebäude eindrangen, **fanden sie tatsächlich keinen einzigen Spartacisten mehr vor.** Die Spartacisten im Wolffbüro stellten zu ihrer Uebergabe die gleichen Bedingungen, bequemten sich aber dann auch zur **bedingungslosen Uebergabe. Man ließ sie nach Abgabe der Waffen abziehen.**

Eichhorn auf der Flucht.

Berlin, 12. Jan. Herr Eichhorn, der sich in seine zweite Festung, die Lüstowbrauerei, zurückgezogen hatte, ist auch dort der Boden unter den Füßen zu heiß geworden. Am gestrigen Abend sind die Spartacisten **mit Sack und Pack aus der Lützowbrauerei geflüchtet.** Ihr gesamtes Meterial und Waffen haben sie auf Lastautos und Möbelwagen mit sich geführt. Wohin sich die letzten Mannen Eichhorns begeben haben, ist bis zur Stunde noch nicht festgestellt.

Die Verluste der Spartakusse.

WTB. **Berlin**, 13. Jan. Im Polizeipräsidium haben die **Spartakusleute bei den letzten Kämpfen 12 Tote und 450 Ge-Teil völlig niedergeschmettert.** Ein kleiner Teil zog trotzig von **fangere verloren. Die abziehenden Spartakusleute waren zum** dannen und brachte Hochrufe auf Eichhorn und Liebknecht aus.

Die Lage im Reich.

Eine Schweizer Stimme zu den badischen Wahlen.

Von der schweizerischen Grenze, 10. Jan. Das „St. Gallener Tagblatt" schreibt zu dem Ergebnis der badischen Nationalwahlen: Die Unabhängigen Sozialisten haben bös abgeschnitten, sodaß es noch ungewiß ist, ob sie überhaupt noch ein Mandat erringen. Das ist ein **Signal aus dem Südwesten des Reichs** gegenüber den in der Reichshauptstadt so unsäglich anmaßend auftretenden Anhängern der äußersten Linken. Die badischen Wahlen können von allen wirklich demokratischen, nicht terroristisch gesinnten politischen Geistern nicht anders aufgefaßt werden, als **eine Mahnung, die revolutionäre Wendung nicht zu übertreiben.** Nur Vorsicht und kluge Mäßigung wird ihre gesunden Früchte einbringen und sichern können.

Die Bolschewisten-Propaganda in Baden fehlgeschlagen.

Karlsruhe, 11. Jan. Es kann nicht angezweifelt werden, daß die **Berliner Spartakistenputsche auf ganz Mittel- und Süddeutschland übertragen werden sollen.** Wie feststeht, sind von Berlin bolschewistische Sendboten in die verschiedenen mittel- und süddeutschen Großstädte abgesandt worden, um dort die Massen aufzuhetzen und Putsche zu inszenieren. In München, Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe sind solche Abgesandte der Bolschewistengruppe eingetroffen und es fanden dort Versammlungen von bolschewistischen Anhängern statt, worin u. a. meist die Besetzung bürgerlicher und mehrheitssozialistischer Zeitungen, sowie Proklamierung des Generalstreiks und alsdann Absetzung der bisherigen Regierungsgewalten beschlossen wurde. In den **badischen Städten hatten die Spartakisten bisher keinerlei Erfolg.**

Niederlage der Spartakisten in Stuttgart.

Berlin, 10. Jan. In Stuttgart versuchten die Spartakusanhänger, sich durch einen **Putsch der Regierung zu bemächtigen, der völlig mißlungen ist.** — Während gestern Vormittag die von den Unabhängigen veranstalteten Kundgebungen ziemlich ruhig verliefen, kam es am Nachmittag, besonders gegen Abend im Weichbild der Stadt zu lebhaften Kundgebungen, besonders vor dem Ministerium des Aeußern, dem Arbeitsministerium und dem Rathaus. Der Verkehr im Hauptbahnhof wurde auf einige Zeit eingestellt, abends um 6 Uhr wieder aufgenommen, aber um 8 Uhr abends bereits wieder geschlossen, da man einen Putsch befürchtete. Das Rathaus wurde von den Spartakisten besetzt und Oberbürgermeister Lautenschlager samt dem Gemeinderat für abgesetzt erklärt. Aeußerst unruhig ging es vor der großen Infanteriekaserne zu, wo auch Schüsse fielen und Leuchtraketen aufstiegen. Bis gegen Mitternacht bewegten sich aufgeregte Volksmassen auf den Straßen. Hier rief man „Hoch Spartakus!", dort „Hoch Scheidemann!". Zu Verletzungen ernster Art ist es nicht gekommen. Die Arbeiter bei Bosch und Daimler haben die Arbeit niedergelegt. Nach einer vom „Neuen Stuttgarter Tageblatt" veröffentlichten Erklärung ist in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen worden, die technischen Einrichtungen des Blattes zu benützen, um während der Dauer der gegenwärtigen Streiks zur Durchführung der Forderungen den Arbeitern Aufklärungen und Bekanntmachungen in ausreichendem Maße zukommen zu lassen.

Heute Morgen um 5 Uhr wurden die Spartakisten von Regierungstruppen aus den Räumen der Zeitung **wieder vertrieben.** Die Gebäude und der Betrieb werden von Regierungstruppen bewacht.

Stuttgart, 19. Jan. **Die provisorische Regierung Württembergs,** gezeichnet Blos, läßt heute vormittag als Flugblatt in Stuttgart einen **Aufruf an das Württembergische Volk** verteilen, worin sie die gestrigen Vorgänge als einen Ueberfall der Spartakusleute auf die Regierung bezeichnet, der heute fortgeführt und mit Waffengewalt und Blutvergießen zur Herrschaft des Terrors noch vor den Wahlen zur Landesversammlung gebracht werden soll. Deshalb sieht sich die provisorische **Regierung gezwungen, nunmehr mit aller Entschiedenheit zuzugreifen.** Sie hat sich unter den Schutz der Sicherheitskompagnien gestellt und diese beauftragt, mit aller Entschiedenheit die Entwaffnung der Ruhe- und Friedensstörer durchzuführen. Ferner fordert sie alle Volksgenossen auf, die provisorische Regierung bei dieser Arbeit in den nächsten Tagen mita llen Kräften zu unterstützen.

Zum Spartacusputsch in Stuttgart.

Stuttgart, 11. Jan. Bei gen gestrigen Unruhen sind **zwei Personen getötet und 17 verletzt worden.** Die provisorische Regierung hatte Straßendemonstrationen und Ansammlungen verboten. **Der Spartakusputsch kann als niedergeschlagen betrachtet werden.** In den Fabriken wird gearbeitet.

Neuer Sturmversuch auf den Münchener Hauptbahnhofe.

München, 11. Jan. Vergangene Nacht versuchten **Spartakisten erneut den Münchener Hauptbahnhof zu stürmen.** Sie rückten mit Maschinengewehren auf und eröffneten auf die Sicherheitswache des Bahnhofs ein Schnellfeuer, das die Truppen erwiderten. Im Verlaufe des Gefechts gab es **4 Tote und 7 Schwerverletzte,** darunter verschiedene Neugierige und Frauen. Der Plan der Kommunisten wurde vereitelt.

Ministerpräsident Eisner amtsmüde?

München, 11. Jan. Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner ist gestern auf einer Bauernbundversammlung in dem oberbayerischen Orte Prien unerwartet erschienen und klagte in seiner Rede über die Hetze der bürgerlichen Presse gegen seine Person und beteuerte wehmütig, es sei heute keine Lust mehr, Ministerpräsident zu sein, und er sehne sich nach der Zeit, die ihm diese schwere Bürde wieder abnehmen würde. Nachdem der Kultusminister Hoffmann gesprochen hatte, trat ein Bauernbündlerkandidat Eisner entgegen. Er wies die Unausführbarkeit vieler Punkte in den Aeußerungen Eisners nach und hatte sofort den Beifall der bäuerlichen Versammlung für sich, nachdem Eisners Partie schon im ersten Gang verloren war. Daran änderte auch die nochmalige Erwiderung Eisners nichts. Wie verlautet, ist überhaupt die **Stimmung im bayerischen Lande sehr gegen Eisner gerichtet.**

Schwere Niederlage der Spartakisten in Dresden.

Dresden, 10. Jan. Nach einer heute Nachmittag stattgefundenen Kommunistenversammlung zogen die Teilnehmer nach der „Dresdener Volkszeitung," um das Blatt zu besetzen. Als die mit den Verteidigern eingeleiteten Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten und die Angreifer in das Haus einzudringen versuchten, eröffnete die Schutzwache das Feuer, worauf die Menge auseinanderstieb. Die Angaben über die **Toten und Verwundeten schwanken zwischen 20 und 30.** Der Kommunist Rühle sowie einige anderen Leiter des Kommunistenbundes wurden kurz nach diesem Ereignis verhaftet.

Spartakusüberfälle in Düsseldorf.

Düsseldorf, 11 Jan. Die aufs höchste gesteigerte **Empörung der Bürgerschaft über das Treiben der Spartakisten** und ihrer Anhänger zeigte sich in zwei ungeheuren Kundgebungen, die von der demokratischen Partei und den Mehrheitssozialisten veranstaltet wurden. Zu Zehntausenden beteiligten sich die Bürger und Arbeiter der Stadt, darunter viele Frauen, an dieser Demonstration. Durch die Stadt bewegte sich ein fast endloser Zug. Als die Spitze des Zuges den Bahnhof erreichte, richteten die **Spartakisten ein Maschinengewehr auf die Menge und feuerten. Es gab Tote und Verwundete. Schon vorher waren vereinzelte Schüsse gefallen. Die Bürger flohen panikartig auseinander, da es keinen Schutz gab. Das Gewehrfeuer hielt an. 7 Personen wurden getötet, 15 verletzt.**

Düsseldorfer Hilferuf an die Belgier.

Brüssel, 10. Jan. Anläßlich der Unruhen in Düsseldorf haben sich die dortigen **deutschen Beamten unter belgischen Schutz gestellt.** Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister von Düsseldorf haben die belgischen Behörden ersucht, einzugreifen. Vom Oberkommandierenden der belgischen Besatzungsarmee ist darauf die Entwaffnung der Düsseldorfer Sicherheitswehr gefordert worden. Es hätten danach die Mannschaften dieser Wehr, die jetzt die Befehle der Spartakisten ausführen, alle Gewehre und Munition abzuliefern. Die Herrschaft der Spartakisten wird dadurch auf die eine oder die andere Weise ihr Ende finden. Wenn die Waffen nicht abgeliefert werden, dürfte die Besetzung Düsseldorfs durch belgische Truppen erfolgen.

Der Zentralrat gegen Radek.

Berlin, 10. Jan. Der Zentralrat der sozialisten Republick blik Deutschlands, gez. Kleinert, erläßt folgende Kundgebung: „Der in Berlin weilende Radek hat die aufständigen Spartakusleute aufgefordert, auszuhalten, bis russische Truppen herein kommen. Der Soldatenrat der 10. Armee werde die Russen durchlassen. Von der Ostfront wird uns dazu mitgeteilt, der Durchmarsch der Russen sei ganz ausgeschlossen. **Kein Soldatenrat duldet ein Einmischen der russischen Truppen** in unsere revolutionären Kämpfe. Die Behauptung Radeks ist sinnlos und eine Beleidigung des deutschen Proletariats, dessen Söhne an der Front stehen."

„Mit Geld ist alles zu machen."

Ein deutscher Geschäftsmann, der lange Jahre in Rußland gelebt hat und auch als Dolmetscher tätig gewesen ist, berichtet uns von einer Unterredung, die er im Juli 1918 mit Radek in Moskau gehabt hat. Es war die Rede vom Bolschewismus. Radek gab seine Absicht kund, **den Bolschewismus über die ganze Welt zu verbreiten.** Ich erklärte das für unmöglich bei dem hohen Kulturstand der Deutschen und der Westmächte. Radek erwiderte, mit Geld sei alles zu machen und Geld habe er genug.

Wie Spartakus bei Scherl geprellt wurde.

Die Spartakisten haben am Sonntag außer dem Berliner Tageblatt und der Vossischen Zeitung auch noch den Scherlschen Berliner Lokalanzeiger besetzen wollen. Aber das Haus Scherl hatte sich, wie die Magdeburger Zeitung glaubwürdig hört, auf Grund seiner früheren Erfahrungen, mit diesen Herrschaften klug vorgesehen: es hat sich eine **Abteilung Matrosen als Sicherheitswache gemietet.** Als nun am Sonntag abend die Spartakisten vor dem Hause Scherl erschienen, wurde ihnen von den Matrosen erklärt, **Scherl sei schon „besetzt,"** worauf Liebknechts Mannen befriedigt weiterzogen. Man sieht, es gibt auch Humor in dem traurigen Berliner Treiben.

August Winnig und die Kommandogewalt.

Zum Kapitel „Soldatenräte" liefert ein Aufruf an die Freiwilligenverbände der 8. Armee den der Generalbevollmächtigte des Deutschen Reiches für die baltischen Lande, Herr August Winnia ein Hamburger Sozialdemokrat gemeinsam mit dem Armeeoberkommando erlassen hat, einen interessanten Beitrag. Angesichts der für Riga drohenden Bolschewistengefahr und des beschämden Verhaltens der abziehenden deutschen Truppen gegenüber den nachdrängenden Bolschewistenbanden werden die Freiwilligenverbände zu entschlossenem Kampfe aufgerufen:

„Nötig dazu ist." — so heißt es weiter. — „daß der deutsche Soldat wieder zur Disziplin zurückkehrt. Wo der Ernst des Kampfes herrscht, kann es keine Teilung der Kommandogewalt geben. Die Russen, die zuerst das Vorbild der Soldatenräte aufgerichtet haben, haben diese Einrichtung bald wieder fallen lassen als sie um das Bestehen ihrer Freiheit kämpfen mußten. Bei den Sowjettruppen gibt es keine Soldatenräte! So müssen auch die Freiwilligenverbände wirkliche Kampftruppen sein, wo Disziplin und Pflichterfüllung bis zum letzten das erste Gebot ist."

Doch treu geblieben.

Zeitgenössischer Roman von Senffert-Klinger.

19

Er legte sich Schreibutensilien zurecht und begann mit der Anrede. Aber weiter kam er nicht. Es wurde ihm schwer, die Form für das, was er zu sagen hatte zu finden.

Er warf der Federhalter fort und sprang auf. Zum Kukkuck, es war nicht zu leugnen, daß er sich in einer schiefen Stellung befand! Er wollte ein weibliches Wesen angreifen, bloßstellen, eine, die er geküßt. Das war absurd, es verletzte sein Feingefühl. Konnte er es überhaupt? Der Schein sprach gegen ihn. An einem Schwächeren Vergeltung zu üben, ist immer eine mißliche Sache. Ihm wollte es scheinen, als vergebe er sich etwas dadurch, wenn er die Waise dem Mitleid, der Verächtlichkeit ihrer Umgebung preisgäbe.

Sie selbst hatte sich schutzlos genannt, ihm ihre gänzliche Vereinsamung geklagt. Ihre traurigen Augen, ihr bedrücktes Wesen hatten damals ihn tief gerührt, hilflos und liebebedürftig war sie ihm erschienen, und diese weiche Stimmung hatte sie benutzt, um ihn ganz für sich zu gewinnen.

Ja, das mußte er jetzt, jenes Mädchen hatte ein frevles Spiel mit ihm getrieben, seine Teilnahme herausgefordert; um die Eifersucht eines andern, welchem sie bereits nahestand, zu erregen.

Vielleicht hatte sie auch die Unwahrheit gesprochen, als sie den Bankier und dessen Gattin der Lieblosigkeit beschuldigte.

Heinrich hatte die Eltern seiner Zöglinge als feinsinnige, gütige Menschen verehrt und war sehr erstaunt gewesen, als Lona sie beschuldigte. Jetzt wußte er, daß das Mädchen gelogen. Sie hatte behauptet, unterdrückt, herabgesetzt, zur Rolle des Aschenputtels durch ihre Verwandten verurteilt zu sein.

Das war alles erfunden gewesen zu dem einen Zweck, sein Interesse zu gewinnen, ihn dahin zu bringen, daß er ihr seinen Namen antrug.

Ihm schien es jetzt, als sei er mit verbundenen Augen in eine Falle gegangen. Er konnte es jetzt kaum begreifen. Aber es war doch geschehen.

Was sollte er tun? Er konnte dem falschen, heuchlerischen Mädchen, welches er ja glücklicherweise belauscht, deren Treiben ein Zufall ihm damals entdeckte, doch nicht sein Lebensglück opfern!

Drohend hob er die Fäuste, doch er ließ sie wieder sinken. Es war ihm plötzlich, als schleppe er an einer Kette, von der er sich nicht losreißen könne.

Der Bankier, dessen Wohlwollen und Freundschaft er früher besaß, würde ihm ja kein Wort von seinen Angaben glauben, sondern im Gegenteil ihn der Lüge und einer niedrigen Handlungsweise verdächtigen.

Heinrich wollte aufspringen und, wie er es früher getan haben würde, mit raschen, wuchtigen Schritten den großen, saalartigen Raum durchmessen.

Aber seine Füße schmerzten; nur langsam konnte er sich bewegen. Er biß die Zähne zusammen, um einen kräftigen Fluch zu unterdrücken.

Er fühlte sich sterbenselend und konnte doch zu keinem Entschluß kommen. Er verschob das Antwortschreiben auf morgen. Vielleicht fand erd ann die rechte Form für das, was ja unbedingt gesagt werden mußte.

Mit dem Verloben war es heute nun nichts. Solange diese widerwärtige Angelegenheit schwebte, durfte er Aniela nicht von seiner Liebe sprechen. Sie hätte glauben können, er treibe ein verächtliches Doppelspiel.

Aber kam es denn noch auf das bindende Wort, welches er heute hatte sprechen wollen, an? Hatte er nicht mit heißen Blicken, mit seinem ganzen Wesen um sie geworben?

Vielleicht war es am besten, er schenkte ihr sein ganzes volles Vertrauen, teilte ihr jenes orVkommnis mit.

Wer weiß, was jene Menschen gegen ihn unternahmen? Lona war sicher eine Ränkeschmiedin, ihr Zorn und Haß gegen ihn würden ihr sicher keine Ruhe lassen. Wer weiß, welche Ungelegenheiten sie ihm bereitete.

Aber er wollte ihren Anschlägen vorbeugen. Aniela sollte alles erfahren. Frauen sind, wo es sich um ihr Herzensglück handelt, erfinderisch. Vielleicht konnte Aniela ihm einen praktischen Rat geben. Sie liebte ihn und würde ihm glauben.

„Zu ihr!"

Er war im Begriff, das Koppel anzulegen, da ertönte das Zeichen zum Mittagessen. Er zögerte und überlegte von neuem.

Die Tante hatte es nicht gern, wenn er unangemeldet zu Tisch kam. Sie machte sich dann seinetwegen zu viele Umstände.

Andererseits vermied Heinrich es, kurz vor dem Essen die Kaserne zu verlassen. Schon um den gesellschaftlich tief unter ihm stehenden Kameraden ein gutes Beispiel zu geben, aß er meistenteils hier. Es gab gut zubereitete Hausmannskost, an der nichts auszusetzen war. Er fand sich mit Humor in die Dinge, welche einem hochgebildeten Menschen nicht zusagen können. Er nahm seinen Suppennapf in Empfang und aß, was die Küche gab.

Als er nach Beendigung der einfachen Mahlzeit ans Fenster trat, war die Sonne fort, dunkle Wolken türmten sich. Es begann zu schneien.

Eine Stunde wartete er noch. Dann betrat er, auf einen Stock gestürzt, das Freie. Die Ablenkung hatte wohl den Heilprozeß gefördert, die Wunden an den Füßen schmerzten nicht mehr.

Er nahm eine Droschke, die ihn in einer knappen halben Stunde ans Ziel brachte. Vor dem Garten lohnte er den Kutscher ab.

Große Flocken umtanzten ihn wie kleine neckische Geister. Er sehnte sich unsagbar nach Anielas Anblick. Er schritt schneller aus. Den Stock brauchte er fast nicht mehr. Er war sicher morgen wieder dienstfähig.

Aber es schien doch, als lauere heute das Pech auf ihn. Aniela saß nicht auf ihrem Platz am Fenster; vergeblich spähte er nach ihrem lieben Gesicht aus.

Tante Heinrot befand sich offenbar in schlechter Laune sie begrüßte ihn kühl, war wortkarg, und auf seine Frage, ob Aniela zu Hause sei, zuckte sie nur die Achsel.

Er hielte vom Dienst, daß er ein paar Tage Krankenarrest habe, und gab ein paar drollige Vorkommnisse aus dem Kasernenleben zum besten.

Das Fräulein saß so steif wie eine Hofdame auf ihrem Platz. Ein Dutzend Fragen jener Geschichte wegen drückten ihr das Herz ab. Doch Aniela hatte ihr das heilige Versprechen abgenommen, nichts zu verraten. Darum schwieg sie nun, so schwer es ihr auch wurde. Ganz unvermittelt, wie aus schweren Gedanken heraus, fragte sie endlich: „Wann mußt du ausrücken, Heinrich, ist es bald so weit?"

„Kannst du nicht die Zeit erwarten, Tantchen, um mich wieder loszuwerden?"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Sehr richtig nur schade, daß auch diese Erkenntnis sich in den Reihen der Sozialdemokratie erst Bahn bricht, nachdem man gesehen, was man angerichtet hat. Tatsächlich ist es ein grober Irrtum, daß man es im Osten lediglich mit Banden zu tun habe. Bei den wirklichen Sowjettruppen, deren Anzahl keine geringe ist, herrscht eine eiserne Disziplin. Sie werden von ehemaligen russischen Offizieren geführt. Die Anrede beispielsweise eines Obersten heißt „früherer Herr Oberst." Also von „Kameraden aller Dienstgrade", wie es so geschmackvoll bei unseren Soldatenräten heißt, ist bei der heutigen russischen Armee keine Rede.

Neue Forderungen!

Keine einfache Verlängerung des Waffenstillstandes.

Essen, 10. Jan. Hiesige Blätter lassen sich amtlich aus Berlin mitteilen:

Von Marschall Foch ist beim Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm eingetroffen:

Das Waffenstillstandsabkommen, das am 12. und 13. Dezember 1918 erneuert worden war, läuft am 17. Januar 1919 ab. Die Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens hat **nicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden.** Infolge dieser Sachlage haben sich die verbündeten und deutschen Bevollmächtigten, welche die Abmachungen vom 11. November 1918 und vom 13. Dezember 1918 getroffen haben, zu einer **neuen Beratung zusammen zu finden**, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Januar hinaus zu beschließen. Das Oberkommando der Verbündeten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommando vorzuschlagen, diese Zusammenkunft möge am 14. oder 15. Januar vormittags in Trier stattfinden, unter ähnlichen Bedingungen wie am 1. Dezember 1918.

Der Umstand, daß die verbündeten Mächte nicht in eine einfache Verlängerung des Waffenstillstandes einwilligen, läßt vermuten, daß sie mit **neuen Forderungen hervorzutreten** gedenken. Darauf läßt auch die Meldung des Temps schließen, daß Clemenceau die Absicht habe, den Obersten Kriegsrat der Verbündeten zusammentreten zu lassen.

Beschleunigung des Friedensschlusses.

Bern, 9. Jan. Aus London wird dem „Secolo" gemeldet: Das Kriegsministerium habe, beunruhigt über die unter den Soldaten herrschende **Mißstimmung wegen der Verzögerung ihrer Entlassung, dem Kriegskabinett die Notwendigkeit eines beschleunigten Abschlusses des Friedens vor Augen gestellt.** Da das Auswärtige Amt auch dieser Ansicht sei, habe das Kriegskabinett beschlossen, den Gegenstand schneller zur Beratung zu stellen. Man erwartet Entscheidung im Sinne eines schnellen Friedensschlusses, doch möchte man vorläufig erst die auf England, Amerika, Italien und Deutschland bezüglichen Fragen regeln, was wegen der zunehmenden bolschewistischen Gefahr notwendig erscheine. Mit Bezug auf die übrigen Fragen, wie die Freiheit der Meere, Völkerbund, Belgien und Türkei, habe es noch einige Monate Zeit. Man bezweifelt freilich, daß Deutschland zur Zeit imstande ist, annehmbare Friedensunterhändler zu ernennen.

Erweiterung der Besetzungs-Zone?

Die Vorgänge in Berlin werden von der französischen Presse in ausführlichen Meldungen wiedergegeben. Der „Petit Parisien" meint, die Entente sei, wenn diese Zustände noch weiter gehen, gezwungen entweder in Deutschland einzugreifen oder die **Besetzungszone zu erweitern.** Die Entente müsse eine regulär gewählte Regierung sich gegenüber stehen haben, nicht um mit ihr zu diskutieren, sondern um die Durchführung der Friedensbedingungen sicherzustellen. Der „Matin" erklärt, es ist unser größtes Interesse, daß wir bei den Friedensverhandlungen einer Regierung gegenüberstehen, die eine gewisse Autorität besitzt. Wir können nur mit Vertretern einer Macht verhandeln die die größte Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat.

Keine Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

WTB. **Bern**, 11. Jan. Die Nachricht des württembergischen Kriegsministeriums über die von den Alliierten geplante **Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen** wird von der Pariser Presse als nicht zutreffend bezeichnet. Die Freilassung der Kriegsgefangenen laufe den Waffenstillstandsbedingungen zuwider und ist **von den Alliierten noch nicht erwogen worden.**

Was uns droht!

Man schreibt von zuverlässiger Seite:

Durch Großkaufleute erfahre ich, welche Art Bindung resp. Versklavung England für uns beabsichtigt, falls die **Entente unsere Finanzen übernimmt. Es ist das ägyptische System,** welches darin besteht, daß

1. Die Verwaltung der Gelder einer Kommission übertragen wird (wie in Aegypten die Dette Publique), die
2. durch wohlgerechnete Steuerabgaben und Zollmaßregeln das heimische Kapital völlig aus dem Lande zieht. So gibt es in Aegypten nur mehr kleine Händler, arme Landleute und eine Anzahl Geistlicher, die den Kindern die Furcht Gottes beibringen.
3. Die Landleute werden durch ihre englischen Besitzer oder Gläubiger gezwungen, gerade das zu bauen, was England wünscht, nämlich Baumwolle und Zuckerrohr (um England die Abhängigkeit vom amerikanischen Markte zu sparen). Sie selber möchten lieber Getreide bauen. Sie hungern im alten Kornlande, so daß sie oft das kaum gereifte Zuckerrohr benagen; sie sind vollständig abhängig von den englischen Kapitalisten.

Dies Los steht auch uns bevor, wenn es uns nicht gelingt, die entsetzlich schweren Finanzaufgaben selber zu lösen.

Verbannung des Kaisers?

WTB. **London**, 12. Jan. National News erfahren durch ihren Pariser Korrespondent, daß der französische Generalstab auf der Friedenskonferenz die dauernde **Verbannung des deutschen Kaisers, den Kronprinzen und aller männlichen Mitglieder der deutschen Kaiserfamilie** verlangt wird.

Der Völkerbund.

Zürich, 11. Jan. Nach der „N. Z. Ztg." meldet „Corriere della Sera" aus London: Die Auffassung des Präsidenten Wilson, daß die Diskussion über die Gründung des Völkerbundes sofort bei Beginn der Friedenskonferenz, anstatt erst an den Schlußsitzungen zu besprechen sei, ist durchgedrungen. Die Arbeiten werden mit dem Studium eines Projekts für die **sofortige Bildung einer Liga der Nationen vorläufig auf provisorischer Basis beginnen.** Der „Amerikanische Preßdienst" meldet aus Newyork: Ein Völkerbundskongreß wird Anfang Februar in Newyork abgehalten, später u. a. in Boston, in Chicago und San Franzisko. Die Versammlungen bezwecken, die öffentliche Meinung für die Gründung eines Völkerbundes an der Friedenskonferenz in günstiger Weise zu beeinflussen.

Revolution in Montenegro.

WTB. Bern, 12. Jan. Nach einer Meldung der „Tribune dejenner" erklärte das montenegrinische Generalkonsulat in Rom am 4. Januar sei in Montenegro eine allgemeine Revolution ausgebrochen die mit aller Entschiedenheit für die Unabhängigkeit eintrete und gegen die serbo-slowakischen Gewalttätigkeiten protestiert.

Staatsstreich in Luxemburg.

Brüssel, 11. Januar. Reuter und Havas melden vom 9. Januar: In Luxemburg ist ein Staatsstreich erfolgt. Der Führer der Liberalen beantragte in der Kammer die **Absetzung der Dynastie,** dem sich der Führer der sozialistischen Partei anschloß. Die Rechte protestierte und verließ den Saal. Bei der darauf erfolgten Abstimmung erklärten die verbliebenen 30 Abgeordnete **die Dynastie einstimmig für abgesetzt. Für die Errichtung einer Republik** stimmten 16, dagegen 14 Abgeordnete. Darauf wurde ein Wohlfahrtsausschuß aus 4 Sozialisten und 4 Liberalen gebildet. Die Proklamierung der Republik mit 16 Stimmen von 52 Stimmen, die die Kammer zählt, wird ironisch kommentiert. Die Ordnung wird von französischen Truppen aufrecht erhalten.

Badische Räteversammlung.

Karlsruhe, 10. Jan. Unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden der **Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Volksräte** in Baden fand heute die Landesversammlung derselben in Durlach statt. In der Versammlung sprach zunächst der Stadtrat Meyer aus Heidelberg und betonte, die Arbeiter- und Soldatenräte sollten auch ferner in der Regierung sitzen als Kontrolle, bis die Verfassung gegeben sei. Der Redner bedauerte, daß der Unabhängige Minister Brümmer sein Amt niedergelegt habe, weil dadurch in der badischen Nationalversammlung die unabhängige Sozialdemokratie vollständig unvertreten sei. Der Minister des Innern, Dr. Haas, vertrat den Standpunkt der Deutsch-Demokratischen Partei zu den Forderungen der Soldatenräte. Finanzminister Wirt-Freiburg erklärte, daß er die Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte vollständig unterschreibe und Minipräsident Geiß (Sozialdemokrat) teilte mit, daß **die sozialistischen Regierungsmitglieder in dem Amt sehr gut mit den bürgerlichen Mitgliedern des Kabinetts zusammenarbeiten.** Der Unabhängige Minister Brümmer begründete seine Amtsniederlegung damit, daß die Unabhängigen Gegner der Nationalversammlung seien, weil die bürgerliche Partei zwei Drittel Mehrheit habe. Der Boden der Revolution sei von den Unabhängigen vorbereitet und diese haben die Revolution nicht gebracht, um eine demokratische, sondern eine sozialistische Republik zu schaffen.

Große Kundgebung der Beamten- und Lehrervereine Badens.

bc **Karlsruhe**, 10. Jan. **Der Verband der Beamten- und Lehrervereine Badens** hielt heute abend im großen Festhallesaal eine überaus stark besuchte Versammlung ab, die Stellung nahm gegen Bestrebungen das badische Volk um die Nationalversammlung zu bringen. Rechtsanwalt Dr. Siquet, bisher in Straßburg, forderte die Versammelten auf, die Gefahr, die im Anzuge sei und durch Putsche die Nationalversammlung stören wollte, abzuwenden. Oberrevisor Trautmann verlangte, daß die Beamten sich hinter die Regierung stellen und dafür sorgen, daß die Nationalversammlung ihre Arbeit ungestört durchführen kann; dasgleiche forderte auch Stadtrechtsrat Weiller. Für die sozialdemokratischen Beamten sprach Hauptlehrer Häbler und protestierte gegen die Herrschaft der Gasse nach Berliner Muster. Professor und Minister Dr. Wirth wies auf die Gefahren hin, die von außen drohen. Er versicherte, daß die politische Lage in Baden seit heute völlig geklärt sei. Gestern seien die Fraktionen hier versammelt gewesen und ehe die badische Landesversammlung gestört werden könne, sei bereits die Politik gemacht. Die bisherige Volksregierung werde weiter im Amte bleiben und **seit heute habe Baden wieder ein badisches Heer,** ein Volksheer, das als Beispiel in der ganzen Welt dastehen werde. Die Regierung werde sofort ein Notgesetz einbringen, um die Neuwahl der Gemeindevertretungen auf Grund des neuzeitlichen Wahlrechts zu ermöglichen. Die Versammlung nahm dann eine Entschließung an im Sinne der Ausführungen der Redner.

Aufruf der Bad. Volksregierung zur Bildung eines Volksheeres.

WTB. **Karlsruhe**, 11. Jan. Die badische vorläufige Volksregierung erläßt nachstehenden Aufruf zwecks Bildung eines badischen Volksheeres:

Mitbürger! Badische Soldaten!

Die badische Republik muß jetzt und für die Zukunft gegen alle Bestrebungen der Anarchie gesichert werden.

Freiheit und Ordnung!

Nur in Freiheit wollen wir leben; ohne Ordnung gehen wir zu Grunde.

Die badische vorläufige Volksregierung und die Landesversammlung der A.B.V. und S. Räte haben deshalb beschlossen, **sofort die Grundlage eines badischen Volksheeres zu schaffen.** Der Landesbauernrat hat ebenfalls sein Einverständnis gegeben. Wir erklären dabei, daß wir in engster Fühlungnahme mit dem Reiche in Zukunft ein eigenes badisches Kontingent verlangen.

Es werden zunächst freiwillige Bataillons des badischen Volksheeres in Heidelberg und Bruchsal aufgestellt.

Dienst in der Heimat! Badische Führer, die unsere Eigenart verstehen!

Freiwillige vor! Meldet Euch sofort beim Bezirkskommando Eures Wohnsitzes. Dort erhaltet Ihr Fahrtausweise nach Heidelberg oder Bruchsal. Entlassungsuniform und Mantel mitbringen.

Eure Löhnung beträgt (bei freier Unterbringung und reichlicher Verpflegung) 150 Mk. monatlich für den Mann, für Offiziere nach den immobilen Sätzen.

Diese Bataillons sollen gleichzeitig Lehrbataillons zur Ausbildung von Gendarmen, Schutzleuten und Grenzaufsehern, aber auch von künftigen Unteroffizieren und Offizieren des badischen Volksheeres sein. Deshalb ist es auch für Unteroffiziere von Wert, in diesen Bataillonen in die Front einzutreten. Treue Kameradschaft soll hier Euch Badener vereinen, die Pflege beruflicher Bildung Euch fördern. Der Dienst soll Euch eine Lebensstellung verschaffen; Ihr erfüllt aber mit diesem Dienst auch eine Ehrenpflicht gegen Badens Land und Volk. Wichtiger noch als die Verteidigung des Vaterlandes in den schweren Kriegsjahren ist jetzt die Verteidigung der Republik und der Ordnung.

Unsere Familien, unsere alten Eltern, Haus und Herd gilt es zu schützen; die Bahn muß frei bleiben für Arbeit und friedliche Entwickelung.

Freiwillige! Der Dank des badischen Volkes ist Euch gewiß.

Der Dienst in den neuen Bataillonen wird streng sein; ohne Disziplin kann auch das Volksheer nicht bestehen. Wer nicht den Willen zur strengsten Unterordnung hat, unterlasse die Meldung.

Mit Aussicht auf Einstellung kann sich nur melden, wer im Kriege längere Zeit bei der kämpfenden Truppe sich einwandsfrei geführt hat.

Seid Ihr entschlossen, einem Musterbataillon von gutem soldatischen Geiste anzugehören, dann meldet Euch!

Nochmals: Freiwillige vor als Schützer der Freiheit, als Hüter der Ordnung.

Helft mit am Bau einer guten badischen Zukunft.

Karlsruhe, 11. Januar 1919.

Die badische vorläufige Volksregierung:
Geiß, Präsident.
Dietrich, Dr. Haas, Marum, Marzloff, Rückert, Stockinger, Trunk, Dr. Wirth.

Der Geist von Berlin.

Von Ludwig Finckh-Gaienhofen.

Berlin, ehemalige Reichshauptstadt, Sitz der Kriegsgesellschaften und Lager der sich befehdenden Regierungen, ist nun ein Sinnbild geworden. Einst Sinnbild der Kraft und des Glanzes, jetzt des Zerfalls. Es geht dort drunter und drüber, die Gewehre gehen von selber los, die Wölfe sind zu Hirten gemacht.

Eine kleine Minderheit in Berlin hält das deutsche Volk in Atem. Was wollen sie? Im Grunde nichts anderes, als was die Pazifisten, die Kosmopoliten wollen: Weltverbrüderung. Der Heiland war ihr vornehmer Bruder. Er wollte es durch Liebe. Aber sie wollen es durch Gewalttat, durch Umsturz, durch Mord und Totschlag; und darum sind sie soweit von ihm entfernt wie der gefallene Engel Satan vom Himmel. Es sind, ganz milde ausgedrückt, Phantasten, Schwärmer und Abenteurer; aber sie sind auf einem falschen Wege, sie leben in einem Irrwahn, und unter ihrem Mantel läuft mit, was das Licht zu scheuen hat. Sie werden es nie erreichen. Sie wollen alle Regierungen der Welt stürzen, um auf Erden ein einziges Volk von Brüdern zu machen. Wunderschön! Nur schade, daß es wieder der Deutsche sein muß, der auf den Leim gekrochen ist, der aus seiner Haut Flicken für die anderen Schneiden läßt. Die Franzosen, die Engländer, die Italiener lachen sich ins Fäustchen; fällt ihnen gar nicht ein, mitzumachen und edelmütig international zu sein. Die Spuren locken nicht. Die dummen Deutschen werden sich schon alleine auffressen.

Diesen gegenüber aber stehen die Sozialdemokraten, die Regierung. Sie wollen keine Gewalttat. Aber auch sie sind keine Heilande. Mit Abscheu schauen sie auf ihre Sprößlinge und Abkömmlinge, die ungeratenen Söhne, die ihnen an den Wurzeln nagen. Ihre Lehre verlangt Achtung vor jeder anderen Meinung, und schlägt sie dadurch in Fesseln. Gebunden an Händen und Füßen müssen sie zusehen, wie die Meute sie umtobt. Es rächt sich an ihnen der Umsturz. Deutschland sei auf deiner Hut! Der Geist von Berlin ist ein Ungeist. In den Nationalwahlen wird das ausgeschlafene Bürgertum siegen, wie es in Baden geschehen ist, und wird die Züge wieder ins Gleise bringen. Man könnte sich Deutschland ganz gut als Republik mit einem bewährten Fürsten als Präsidenten an der Spitze denken — Württemberg mit dem König, Baden mit dem Prinzen Max — und man wüßte sich dabei eins mit einem führenden württ. sozialdemokratischen Blatt, das diesen Gedanken schon vor Jahren ausgesprochen hat. Man könnte sich auch eine Sammlung aller königstreuen Elemente — und bis zum 9. November 1918 war der Deutsche, vor allem der Schwabe, königstreu, er hat erst im Verlauf der Revolution sein republikanisches Herz entdeckt — ich sage, man könnte sich auch eine Sammlung aller königstreuen Elemente mit Hinneigung zum Fortschritt bis in die Nähe der Sozialdemokratie denken unter dem Namen Nationaldemokratie, um an Unschuldigen begangenes Unrecht zu sühnen und das verblendete Volk von seinem Irrwahn zu heilen. Die gefallenen Engel aber werden es zu verhüten suchen, heute wie morgen, mit Gewalt, durch Mord und Totschlag, denn sie kennen kein Gesetz. Was dann? In Gottesnamen, man muß sie in ihre Grenzen zurückweisen und endlich Rechenschaft fordern. Dazu gehört aber Macht, nicht Ohnmacht.

Dem Vaterland ist nicht mit einer Volkswehr gedient, die bloß noch eine Verzerrung ist, die über ihre eigenen Horden nicht Meister wird, geschweige denn über äußere Feinde. Eine Truppe, die noch etwas wert sein soll, muß eiserne Disziplin haben; kein tüchtiger Offizier wird sich dazu hergeben, Truppen ohne Gehorsam und Aufopferungsfähigkeit zu befehligen. Die Garde von heute aber tritt beiseite, sobald die Gewalttat ihr Haupt erhebt, sie öffnet die Pforten, die sie schließen und beschützen sollte. Sie ist keinen Schuß Pulver wert. Das ist der Geist von Berlin. Wo eine große Masse ist, da wird er lebendig. Denn der Rabiate, der Schreier, der Verführer, der Mann der wüsten Worte hat Recht in der Masse. In Württemberg, wie in anderen Staaten haben die Revolution zwei Fabriken gemacht, an der Spitze viel stammesfremde, unschwäbische Elemente, die über die Verfassung Schwabens nach Gutdünken schalteten. Waren sie dazu berufen? Sie, die vorwiegend aus Reklamierten bestanden, und in Sicherheit vor dem Feinde große Summen Goldes verdienten? Hieß das nicht vielmehr, den Soldaten an der Front in den Rücken gefallen? Um 4 Wochen zu früh! 4 Wochen Geduld, so ständen wir heute anders da! Denn das weiß ich und weiß jeder, der noch gesundes Sinnes ist, im tiefsten Grunde seines Herzens: daß die Entente Unrecht hat, weniger Recht hat als wir, obwohl wir besiegt sind, besiegt durch den inneren Feind: Siegfried von Hagen erschlagen.

Wie der Bauer in seinem Dorfe nicht über seine Gemarkung hinausblickt, selbstsüchtig wird und Kirchturmspolitik treibt, so ist der Berliner in seinen vier Wänden gefangen, diktiert und gibt den Ton an, und meint, sein Horizont sei der deutsche. Aber Berlin ist nicht Deutschland. Berlin ist nicht einmal Preußen. Es gibt viele gute Preußen, die nichts davon wissen wollen. Wir in Süddeutschland machen das nicht mehr mit. Wir wollen ein Reich haben. Aber Berlin hat in diesen Tagen das Recht verwirkt, die Reichshauptstadt zu sein und uns zu repräsentieren, es hat sich der Führung unwürdig gezeigt. Wir müssen einen Strich machen zwischen ihm und uns, und es seinem Schicksal und seinen Händeln überlassen. In Berlin hat eine Republik für sich Platz. Das neue Reich muß eine neue Hauptstadt haben; nicht in einer anderen Großstadt, nicht in einer Stadt, die sich bloßgestellt hat, wo in kurzem die alten Zustände wieder herrschen. Wie in vergangenen Zeiten Fürsten aus dem Machtspruch ihres Willens Höfe ansiedelten und blühende Gemeinwesen aus dem Boden sprossen ließen — und wer wollte sie vermissen, Karlsruhe, Ludwigsburg, Potsdam, Kassel? Auch die Fürsten haben manchmal etwas geleistet, das unvergänglich ist — so ist heute der Gedanke aufgetaucht, eine Städtegründung zu machen. Ich begrüße ihn. Irgendwo im Herzen von Deutschland, in einem Wald, auf einer Heide sollen die neuen Gebäude erstehen, die eine bessere Reichsleitung bewohne. Der Geist des Reichs muß sich erneuern. Nach festen Plänen werde gebaut, Behörden, Sammlungen, landwirtschaftliche Güter finden ihre Stätte — Fabriken sollen nur in beschränktem Umfang geduldet sein, als Musteranstalten, wie alle anderen Betriebe.

Dem Geist von Berlin muß ein anderer entgegengestellt werden, der Geist von Deutschland!

Aus Nah und Fern.

+ **Sinsheim**, 13. Jan. (Wahlbewegung) Die deutsch-demokratische Partei Sinsheim entwickelt eine rege Werbetätigkeit. So fanden am gestrigen Sonntage allein 15 Versammlungen im Bezirke statt mit Direktor Fischer-Sinsheim, Dr. Ludwig-Hoffenheim, Finanzsekretär Mackert-Sinsheim, Stadtpfarrer Eisen-Sinsheim, Domänenrat Zimmermann-Römerhof, Dr. Schoch-Heidelberg, Landgerichtsrat Elsaßer-Heidelberg, Stadtpfarrer Maaß-Heidelberg als Rednern.

* **Bad Rappenau**, 10. Jan. (Vertilgte Mäuse.) Dieser Tage zahlte die hiesige Gemeinde für über 26000 abgelieferte Mäuse den Betrag von 804 Mark aus. Einzelne Mäusefänger erhielten 90 Mark.

⧺ **Eppingen**, 10. Jan. (Schwerer Unglücksfall). Der 17 Jahre alte Jakob Diefenbacher von hier kam, als er in dem Motorraum einer Darre mit einer Eisenstange einen Treibriemen auflegen wollte, mit der Stange in das Schwungrad und erhielt von diesem einen Schlag in die linke Seite. Drei Stunden später starb er an den Verletzungen.

∞ **Rauenberg**, 11. Januar. (Diebstahl). Dem Ziegeleibesitzer, Herrn Bott hier, wurde in vergangener Nacht ein schweres Arbeitspferd, ein Rotschimmel, gestohlen. Dem Täter soll man auf der Spur sein.

Gundelsheim, 10. Jan. (Eisenbahnunfall). Heute morgen zwischen 7 und 8 Uhr fuhr der Güterzug 6701 durch Ueberfahren des Haltesignals auf den dort rangierenden Kohlengüterzug

6707 auf. Durch den Anprall wurden die hinteren Wagen herausgeschleudert und zum Teil zertrümmert. Es entstand ein sehr bedeutender Materialschaden der auf gegen 100 000 Mark geschätzt wird. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Aufräumungsarbeiten werden im Laufe des Samstags beendet sein.

bc. **Mannheim**, 12. Jan. (Einbruch.) Ein 24jähriger Monteur behauptete in verschiedenen Häusern unserer Stadt, er käme von der Stadtverwaltung, um die Wasseruhren nachzusehen. Er begab sich dann in die Keller und machte dort gemeinsam mit seiner angeblichen Braut Einbruchsdiebstähle. Man fand in seinem Besitze große Sekt- und Weinvorräte, einen Eimer mit 140 Eiern, Büchsen mit kondensierter Milch, Einmachgläser, Seife und vieles andere mehr.

bc. **Mannheim**, 12. Jan. (Unglücksfall — Diebstahl.) In Neckarau wurde die 63jährige Witwe Willimayer von einem Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt, sodaß sie wenige Stunden später starb. — Eine Polizeipatrouille ertappte zwei Männer, die mit Beute aus einem Diebstahl beladen waren. Die Schutzleute riefen die Burschen an und diese ergriffen die Flucht, nachdem sie zunächst eine Schachtel mit gestohlenen Schuhen weggeworfen hatten. Einer der Schutzleute gab auf einen der Flüchtigen Revolverschüsse ab, die ihn schwer verletzten. Es konnte dann festgestellt werden, daß der angeschossene Dieb der 26jährige Bäcker Karl Braun war. Seine vier Spießgesellen konnten noch nicht ermittelt werden.

bc **Schwetzingen**, 10. Jan. Der erste Spargel des Jahres ist der Schwetzinger Zeitung auf dem Redaktionstisch gelegt worden, allerdings nur eine Stange des schmackhaften Gerichtes. Ein findiger Landwirt hatte sie auf seinem Acker aufgestöbert.

bc. **Karlsruhe**, 10. Jan. (Nahrungsmittelpreise im Elsaß). Aus Straßburg wird berichtet: Nahrungsmittel sind wohl zu haben, aber zu sehr hohen Preisen. So muß man für das Pfund Fleisch 3 Franken, für das Pfund Butter 8—10 Franken, für den Kaffee 6 Franken bezahlen. Wein wird allerdings zu 2 Fr. 20 abgegeben, er ist aber ungarischer Herkunft und rührt aus Beständen her, die die Deutschen zurückgelassen haben, für anderen muß man auch 6 Franken und mehr anlegen. Dabei herrscht große Arbeitslosigkeit und die Franzosen haben sich beeilt, die Arbeitslöhne stark zu kürzen; zuerst wurden sie auf 6 Fr. herabgesetzt, jetzt betragen sie 3—4 Franken. Auf den Dörfern haben die Franzosen nicht besonders viel Sympathie gefunden, es gibt Dörfer die bei ihrem Einzuge nicht geflaggt haben und die deshalb auf die schwarze Liste kamen.

bc. **Karlsruhe**, 10. Jan. (Die franz. und engl. Verwundeten werden heimgeholt.) Heute vormittag traf englisches Sanitätspersonal mit Sanitätslastautos hier ein, um die englischen Verwundeten aus den badischen Lazaretten nach England abzuholen. Die Engländer waren aus Köln gekommen und befanden sich in einer Stärke von etwa 30 Mann. Letzter Tage sind erneut französische Sanitätsautos, ungefähr 20 Stück, von Französinnen geführt, durch Ettlingen gefahren. Sie hatten Verwundete aus württembergischen Lazaretten geholt.

bc **Durmersheim**, 10. Jan. (Schamlose Mädchen.) Im Rastatter Tageblatte wurde darüber Klage geführt, daß sich Mädchen auf der hiesigen Station kriegsgefangenen italienischen Offizieren gegenüber, die in die Heimat abtransportiert wurden, schamlos benahmen.

bc. **Linx**, 1. Jan. (Schwere Verbrennung.) Auf dem Wege von Wagshurst nach Renchen fand der 16jährige Karl Müll mit noch zwei Kameraden ein Säckchen Artilleriepulver. Die Burschen stritten sich über den Besitz des Sprengstoffes. Dabei scheint ein Funken von einer Zigarette auf das Pulver gefallen zu sein, das sofort entzündet wurde. Müll stand darauf in hellen Flammen. Da durch Wälzen auf der Straße die Flammen nicht erstickt werden konnten, warfen ihn seine Kameraden in die Rench. Müll hatte schwere Brandwunden erlitten.

Bürger und Frauen!

Stimmt für die Liste der Deutsch-Demokraten.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 21. **Verordnung über die Weitergewährung von Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung. Vom 2. Dezember 1918.**

I

Die Bestimmung des § 1 der Bekanntmachung über die Gewährung von Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung vom 17. Januar 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 31) gilt entsprechend für das Jahr 1919 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Worte „sofern die Verletzten sich im Inland aufhalten" die Worte zu setzen sind „sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten".

II

Verletzten, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung mehrere Renten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente beziehen, wird für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. Dezember 1919 auf Antrag eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage von acht Mark zu dem Gesamtbetrag ihrer Renten gewährt, wenn die Vomhundertsätze ihrer Renten zusammen mindestens die Zahl 662/3 ergeben, die Verletzten nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten, und wenn nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Bezieht der Verletzte die Renten von mehreren Versicherungsträgern, so gewährt die Zulage derjenige Versicherungsträger, welcher die nach den Vomhundertsätzen höchste Rente zu zahlen hat; zahlt ein Versicherungsträger mehrere Renten, so werden ihre Vomhundertsätze zusammengerechnet. Kommen bei den verschiedenen Versicherungsträgern gleich hohe Vomhundertsätze in Betracht, so hat derjenige Versicherungsträger die Zulage zu gewähren, welcher die Rente für den letzten Unfall festgesetzt hat.

III

Der Antrag ist an den Versicherungsträger oder an ein Versicherungsamt zu richten. Ist der Antrag an einen anderen als den zur Entscheidung zuständigen Versicherungsträger oder an ein Versicherungsamt gerichtet, so ist der Antrag unverzüglich an den zuständigen Versicherungsträger abzugeben und der Tag des Einganges mitzuteilen.

IV

Die Bestimmungen der §§ 3 bis 11 der unter I bezeichneten Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 gelten entsprechend.

Für die Entscheidung über den Einspruch auf Grund dieser Verordnung oder der unter I bezeichneten Bekanntmachung vom 17. Januar 1918 gilt § 1693 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

Diese Bestimmung tritt mit der Verkündung der gegenwärtigen Verordnung in Kraft.

V

Diese Verordnung hat Gesetzeskraft.

Berlin, den 2. Dezember 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten
Ebert Haase

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts
Bauer

Den unentgeltlichen Bezug von Obstedelreisern betr.

Der Kreisausschuß des Kreises Heidelberg vermittelt Kreisangehörigen unentgeltlich den Bezug von Obstedelreisern zum Zwecke der Umveredelung geringsortiger Obstbäume:

Als Obstsorten kommen in Betracht:

Aepfel: Charlamowsky (früh), Goldparmäne, Baumanns-Rtte., Schöner v. Boskoop, Roter Trierscher Weinapfel, Graue Herbst-Rtt., Rh. Winter-Rambour, Großer rheinischer Bohnapfel,

Birnen: Stuttgarter Gaishirtle, Williams Christbirne, Gute Luise, Pastorenbirne, Diels B. B., Schweizer-Wasserbirne, Luxemburger-Mostbirne.

Die Bürgermeisterämter ersuchen wir ergebenst, Anmeldungen innerhalb ihrer Gemeinde entgegennehmen zu wollen, indem wir zugleich darauf hinweisen, daß aus jedem Zweige 3—4 Pfropfreiser geschnitten werden können.

Die Bürgermeisterämter wollen alsdann die eingelaufenen Anmeldungen bis spätestens **15. Januar 1919** dem **Kreisausschuß Heidelberg** mitteilen. Später einlaufende Anmeldungen laufen Gefahr, nicht mehr berücksichtigt werden zu können.

Heidelberg, 17. Dezember 1918

Der Kreisausschuß.

Holzschuhe.

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in den gangbarsten Männer- und Frauensgrößen 1.90 Mark pro Paar. Höchstverkaufspreis 7.35 Mark pro Paar. Mustersendung (große Bahnsendung, sortiert in den gangbarsten Größen Herren- und Frauenschuhen), zu 75.— Mark franko nur gegen vorherige Einsendung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags. — Um genaue Adresse und für Bahnsendungen Angabe der Güterstation wird gebeten.

Garantie für gute Ankunft. Versand gestattet.

Holzschuh-Fabrik Mimbach
(Rheinpfalz).

In meiner Abteilung

Schleiferei u. Vernicklerei

werden Wirtschafts- u. Privatbestecke sowie Scheren, Löffel u. Tafelgeräte aller Metalle neu aufgearbeitet (geschliffen, poliert, vernickelt).

Elektr. Kraftbetrieb! Billige Preise!

A. Schmidt, Sinsheim a. E.

Hauptstraße Nr. 13.

Wer kommt??

Einladung

zur Wahl der Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Nach Verordnung der deutschen vorläufigen Volksregierung vom 30. November 1918 ist die Wahl der Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung am **Sonntag, den 19. Januar 1919** vorzunehmen.

Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 8 Uhr abends geschlossen.

Der I. Wahlbezirk

wählt im oberen Rathaussaal und zwar die Wahlberechtigten von Haus Nr. 1 bis mit Haus Nr. 280 und die vom hiesigen Standquartier wahlberechtigten Militärpersonen.

Zur Wahlkommission zählen:
1. Als Vorsteher: Bürgermeister Karl Sidler.
   Als Stellvertreter: Gemeinderat Heinrich Stoll.
2. Als Beisitzer: Fabrikarbeiter Johann Illig, Seilermeister Philipp Himmelstein, Kaufmann Abraham Seligmann, Landwirt Christian Schmutz.
3. Als Protokollführer: Hermann Betsch.

Der II. Wahlbezirk

wählt im unteren Rathaussaal und zwar die Wahlberechtigten von Haus Nr. 281 bis mit Haus Nr. 574 und Hof Immelhausen.

Zur Wahlkommission zählen:
1. Als Vorsteher: Bürgermeister-Stellvertreter J. Laubis.
   Als Stellvertreter: Gemeinderat Heinrich Frank.
2. Als Beisitzer: Dreher Wilhelm Gutekunst, Wagnermeister Wilhelm Link, Maurermeister Martin Knauber, Kaufmann Max Kohn.
3. Als Protokollführer: H. Götz.

Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Zur Stimmabgabe werden nur Diejenigen zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahlraums mit dem Namen der Bewerber, denen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung zu versehen. Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschläge entnommen sein.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9 : 12 cm groß und von mittelstarkem Papier sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, abzugeben.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet. Das Wahlrecht kann nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, wo der wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist. Jeder darf nur an einem Orte wählen.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist: 1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils des bürgerlichen Ehrenrechts mangelt.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

Sinsheim, den 10. Januar 1919.

Gemeinderat:
Laubis. Götz.

Stiefel-Versteigerung.

Am **Mittwoch, den 15. Januar 1919, vorm. 10 Uhr** versteigern wir im Gasthaus zur Blume hier 30 Paar Stiefel gegen Barzahlung.

Sinsheim, den 11. Januar 1919.

Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Die Verteilung von Nähfaden, Strick- und Stopfgarn betr.

Der Nähfaden und das Strick- und Stopfgarn, ist bei den Kleinhändlern eingetroffen. Die Bezugsberechtigten können die Bezugsscheine bei den Bürgermeisterämtern in Empfang nehmen.

Sinsheim, den 11. Januar 1919.

Kommunalverband

Dentist O. Kuntz, Sinsheim.

Bin unter **Nr. 57** an das Telephonamt angeschlossen.

Geschäftseröffnung!

Vom Felde zurück eröffne ich am **1. Februar 1919** meine

Metzgerei.

Ich bitte um gefl. Eintragung in die Kundenliste. Umschreibungen werden von mir selbst besorgt.

Adolf Ochsenschläger, Metzgermeister, **Sinsheim a. E.**

Ein vortrefflicher Ersatz für den Abreißkalender ist die

Kalenderuhr.

Sie ist ein **Dauerkalender** für **unbegrenzte Zeit.** Am Schluß des Monats rückt bei weiterer Drehung des Zeigers der **nächte Monat selbsttätig ein.**

Wichtige Tage im Monat werden **übersichtlich kenntlich** gemacht. Die Kalenderuhr ist zweckmäßiger als jeder andere Kalender.

Preis: Kleines Modell M. 2,50, großes Modell M. 3,50.

Zu haben bei der

G. Becker'schen Buchdruckerei, Sinsheim.

Ordentlicher Junge als
Sattler- u. Tapezier-Lehrling
gesucht.
Emil Gmelin,
Sattler- und Tapeziermeister.
Sinsheim, Eisenbahnstraße 348.

Sohn achtbarer Eltern, der Lust hat das
Metzgerhandwerk
zu erlernen, kann sofort eintreten bei
Karl Brecht, Metzgermeister.

Ich bin aus dem Felde zurück und habe meine
Praxis
wieder aufgenommen.
Dr. Kerber
Spezialarzt für Haut- und Blasenleiden.
Heilbronn a. N.
Telephon Nr. 96
Oststraße 122.

Zwei Stück sprungfähige erstklassige
Rinderfarren
hat zu verkaufen
Bürgermstr. **Lepp, Hasselbach.**

Dr. med. Friedrich Müller
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt
Heilbronn, Friedensstraße 29.
Nach Entlassung v. Militärdienst
Sprechstunden: Werktags 10—3
Samstags 9—12 Uhr.

Jeder **Vater** handelt **klug**, der seinen Sohn in die Höhere Reform-Lehranstalt Kehl schickt. **Ziel in der Hälfte der sonst üblichen Zeit.** — Alle Klassen von Septima über Einj. bis Abitur. — **Individuelle** Behandl. — Prospekt verlangen.

Husten, Atemnot, Verschleimung.
Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.
Rückmarke erwünscht.
Heinrich Deicke,
Wackersleben, Prov. Sachsen

Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei in Sinsheim.